



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 12.07.2010

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	
Herr Stadtrat Aßfalg	Ab TOP 3
Herr Stadtrat Bode	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Herr Stadtrat Dr. Compter	Ab TOP 4
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Funk	
Frau Stadträtin Goeth	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Heinkele	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Dr. Schmid	
Frau Stadträtin Sonntag	
Herr Stadtrat Späh	
Herr Stadtrat Walter	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

entschuldigt:

Herr Stadtrat Hagel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Frau Christ, Stadtplanungsamt	
Herr Jäger, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	Ab TOP 9
Herr Kopf, Hochbauamt	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	Ab TOP 3
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	Ab TOP 3
Herr Rückert, Bauverwaltungsamt	Ab TOP 12
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	Ab TOP 9
Herr Stark, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	Bis TOP 4
Herr Walz, Gebäudemanagement	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	
Herr Wilk, Hochbauamt	

Gäste:

Herr Stöhr, Katholische Kirchengemeinde	Bis TOP 3
Herr Gurland, Architekt	Bis TOP 3

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
1.1.	Alte Rathaustüre	
1.2.	Fuß- und Radwege bei der Verkehrsplanung	
1.3.	Sonstiges	
1.4.	Waldorfschule	
2.	Ehrung von Stadtrat Dullenkopf für 30 Jahre Gemeinderatstätigkeit	
3.	Wiederaufbau Montessori-Kinderhaus St.Martin	125/2010
4.	Biberach 2030 - Zukunftsstrategie für die Wirtschaftsentwicklung	131/2010
5.	Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes 2020	112/2010
6.	Großflächige Photovoltaikanlagen Standortuntersuchung für den Verwaltungsraum Biberach	127/2010
7.	Bebauungsplan "Talfeld I/II" - Änderung eines Teilbereiches im vereinfachten Verfahren - Satzungsbeschluss -	106/2010
8.	Bebauungsplan "GE 1 - Flugplatz/Grünzug Weißes Bild - Bauabschnitt Ost" a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange b) Billigung des Regelwerkentwurfes	114/2010
9.	Erschließungsvertrag für das Baugebiet "Guttenbrunnweg/Krummer Weg"	116/2010
10.	Erweiterungsplanung der Räumlichkeiten Hindenburgstraße 34, III. Obergeschoss und Dachgeschoss	132/2010
11.	2. Änderung zum Wirtschaftsplan 2010 – 2. Nachtragsplan 2010	130/2010
12.	Sportflächen am Erlenweg Vergabe der Sportplatz- und Landschaftsbauarbeiten für das 1. Teilprojekt - Neubau Kunstrasenplatz	133/2010
13.	7. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung	107/2010
14.	Essensbezuschussung in städtischen Bildungseinrichtungen	129/2010
15.	Konzept für Fahrradabstellanlagen in der Altstadt	111/2010 - 1
16.	Verschiedenes	
16.1.	Ampelschaltung in der Tiefgarage Museum	
16.2.	Beschilderung an der Mittelbiberacher Steige	
16.3.	Samstagstrauungen	
16.4.	Bestuhlung vor der Bäckerei Staib	
16.5.	Taubenplage	
16.6.	Berichterstattung zum Kindergarten St. Michael	
16.7.	Prognosgutachten	

Die Mitglieder wurden am 02.07.2010 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 08.07.2010 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1.1 Bürgerfragestunde - Alte Rathaustüre

Frau Sigrid Ostermayer fragt, was aus der alten Rathaustüre werde. Sie habe verschiedentlich erlebt, dass Kunst am Bau verschwunden sei. Als Beispiel nennt sie unter anderem die Möbel im Foyer der VHS und große Steintröge in der Stadt. Sie hoffe, dass die Türe einen würdigen Platz erhalte und nicht eingeschmolzen werde.

BM Kuhlmann antwortet, man schmelze sie nicht ein, sondern habe einen würdigen Platz gefunden und zwar im kleinen Schloss in Aßmannshardt. Dort werde sie am Wohnort des Künstlers als Türe in die Mauer eingebaut. Die Schwierigkeiten der Öffnung seien dort zumutbar, da es sich um keinen öffentlichen Raum handle.

OB Fettback macht in diesem Zusammenhang auf das nun erlebbare Foyer aufmerksam. Es sei schade, dass man keinen richtigen Einweihungsakt vollziehen könne, da die Informationstheke noch nicht fertig gestellt sei.

TOP 1.2 Bürgerfragestunde - Fuß- und Radwege bei der Verkehrsplanung

Herr Heinz Maier bittet, bei künftigen Verkehrsplanungen Fußgänger und Fahrradfahrer mehr zu berücksichtigen. Sorge bereitetem ihm vor allem die Theaterstraße bis zur Hartsteige und die Strecke Steigerlager bis zur Waldseer Straße. Problematisch sei auch die Danzigbrücke.

BM Kuhlmann verweist auf das Fuß- und Radwegekonzept. Die genannten Punkte seien als Problembereiche benannt, zum Teil seien Lösungen aber problematisch. Was die Danzigbrücke betreffe, habe man ein Konzept für eine andere Lösung geplant, die eine geradere, breitere Querungsmöglichkeit vorsehe.

TOP 1.3 Bürgerfragestunde - Sonstiges

Dann hat Herr Heinz Maier noch weitere Fragen bzw. Anregungen. In der Kultur würde er es begrüßen, wenn im Stadthallenprogramm auch einmal wieder Volksmusikaufführungen geboten würden. Dann fragt er noch, ob die Gewerbesteuer erhalten bleibe und ob die städtische soziale Wohnungswirtschaft bedarfsorientiert sei.

OB Fettback erwidert, die Anregung zur Volksmusik werde aufgenommen. Er entschuldigt in diesem Zusammenhang Herrn Dr. Riedlbauer, der noch einen anderen Termin wahrnehmen müsse. Zur Gewerbesteuer hätten Städte- und Gemeindegemeinderat eine klare Position zu deren Beibehaltung ausgesprochen. Was sozialen Wohnungsbau betreffe, existiere ein Prüfungsauftrag des Gemeinderats aufzuzeigen, wo preisgünstiger Wohnungsbau möglich sei. Es hätten schon zwei Expertenanhörungen in Biberach stattgefunden, die sich mit Menschen mit Handycaps verschiedenster Art beschäftigten. Dabei sei ein großer Bedarf festgestellt worden. Dieser werde aufgearbeitet.

TOP 1.4 Bürgerfragestunde - Waldorfschule

Frau Jehle von der Waldorfschule spricht einen Brief des Elternbeirats an, in dem die aktuellen Probleme der Waldorfschule geschildert würden. Ab der vierten Klasse bestehe Bedarf an einer Turnhalle und zwar pro Jahrgang eine Doppelstunde Sportunterricht. Es hätten Verwaltungsgespräche stattgefunden, der im Juni 2009 eingereichte Antrag sei jedoch nicht beantwortet worden. Sie bittet, sich dieses Problems anzunehmen.

OB Fettback ist der Antrag nicht bekannt.

EBM Wersch gibt zu verstehen, er wisse vom Vorgang und Herr Romer sei beauftragt, nach Lösungen zu suchen. Er **sagt zu**, zu klären, wie mit dem Antrag verfahren worden sei. Dabei werde gleichzeitig geprüft, was machbar sei unter Darlegung der Vergaberichtlinien und die Antwort mitgeteilt. Seines Wissens könnten zwei Stunden in der Turnhalle der Mittelberggrundschule abgedeckt werden.

TOP 2 Ehrung von Stadtrat Dullenkopf für 30 Jahre Gemeinderatstätigkeit

OB Fettback lässt wissen, StR Dullenkopf sei seit 1. Juli, somit 30 Jahre, Mitglied des Gemeinderats. Hierfür erhalte er vom Städte- und Gemeindetag die Goldenen Ehrennadeln. Er gibt zu verstehen, dass er in seiner Würdigung etwas überzeichnen wolle, da StR Dullenkopf erklärt habe, man könne ihm die Ehrennadeln auch per Post zuschicken. Er nennt seine Tätigkeiten in einzelnen Gremien, auch im Kreistag. Auch auf der Homepage der CDU-Fraktion sei nachzulesen, dass die ganz Jungen und die ganz Alten für StR Dullenkopf der besonderen Aufmerksamkeit bedürften. Nach 30 Jahren sei feststellbar, dass vieles, was man bewegt habe, durch Herrn Dullenkopf mit bewegt worden sei.

Er sei ein Kopf und dies zum einen als Gemeinderatsgedächtnis zu verstehen. Er sei auch ein charismatischer Kopf, denn er könne Dinge mit pointierter Ironie beleuchten, wobei er sich auch ein Stück weit selbst belächle. Er sei wenig nachtragend, könne also für eine Sache kämpfen, wenn aber die politische Entscheidung gefallen sei, dann akzeptiere er diese. Mit manchen Personen in der SPD-Fraktion habe er seine Probleme. Er mache manche Dinge einfach nicht mit, beispielsweise lange Fußwege und sei auch kein Aktivposten beim Schützenfest. Dies zeige, dass er in kein Klischee passe, sondern ein eigener Kopf sei. Hierzu passe seine Reaktion auf die Ankündigung der Ehrung, dass 30 Jahre Gemeinderat eigentlich kein Verdienst seien und man die Urkunde zuschicken könne. Er wolle jedoch für alle, die sich lange engagierten, betonen, dass die Gemeinderatstätigkeit nichts sei, das diese Ehrung nicht verdiene. Vielmehr habe StR Dullenkopf etwas für die Menschen getan, sich 30 Jahre lang für die Stadt engagiert. Dies sei etwas Besonderes und nicht nur etwas wie ein normales Jubiläum. Er dankt Herrn Dullenkopf herzlich für sein langjähriges Engagement und überreicht ihm die Ehrennadeln und die Urkunden.

StR Dullenkopf bemerkt, er wolle sich nicht lange äußern, sondern nur verdeutlichen, dass er dieses Amt nicht erneut 30 Jahre ausüben werde.

StR Wiest bezeichnet Herrn Dullenkopf als großes Stimmenmagnet für die CDU-Fraktion. Er sei bekannt durch seinen Scharfsinn, bei dem der Kriminaldirektor durchbreche. Er bescheinigt ihm Zynismus und dass er Kompromisse suche, wenn es darum gehe, eine Sache voran zu bringen. Er gratuliert namens aller Gemeinderatskollegen zu den 30 Jahren Gemeinderatstätigkeit, wünscht weiterhin alles Gute und äußert die Hoffnung auf weitere Zusammenarbeit, da sonst etwas fehlen würde.

Es wird applaudiert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 125/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 01.07.2010.

BM Kuhlmann trägt vor, die im Hauptausschuss aufgeworfene Frage nach einem Neubau habe überrascht, da man nie an einen Gebäudeabbruch gedacht habe. Dies gründe sich darauf, dass es sich um einen wichtigen Einzelbaukörper am Stadtrand handle, der typisch für die Zeit der Jahrhundertwende sei. Aus Sicht der Stadtgeschichte sei das Gebäude daher auf jeden Fall zu erhalten und die Architekten Gurland und Seher hätten sich sehr bemüht. Man schätze es auch sehr, dass die Katholische Kirche dieses Gebäude erhalten wolle. Ein Abriss und Neubau sei von der Wirtschaftlichkeit her nicht anders zu beurteilen als der Wiederaufbau mit Anbau.

EBM Wersch erläutert kurz Entwurf und Grundrisse. Da ein Inklusionskindergarten in der Diskussion sei, sei die Barrierefreiheit durchgehend berücksichtigt. Darüber hinaus solle ein zeitgemäßer Kindergarten entstehen. Aktionsräume böten über die Gruppenräume hinaus Möglichkeiten für die unterschiedlichsten Nutzungen, um Kinder mit allen Sinnen anzusprechen. Man unterstütze den Orientierungsplan durch entsprechende Möglichkeiten. Es sei auch eine Ganztageseinrichtung geplant. Er bezeichnet die Planung als sehr gelungen. Sie verknüpfe den Neubau zeitgemäß mit dem Bestand. Die Kennwerte zwischen Neubau und Sanierung seien identisch, bei einem Neubau müsste aber mit Problemen beispielsweise mit der Gründung und der Höhe gerechnet werden. Er sagt zu, im weiteren Bauablauf alle Möglichkeiten für Einsparungen zu nutzen.

OB Fettback fügt an, der Standort sei nach Verwaltungsmeinung richtig. Inklusion müsse in der Innenstadt stattfinden, weshalb Zentralität ein wichtiger Aspekt sei.

StR Dullenkopf meint, die Entscheidung habe große Bedeutung für die Kinder, die Eltern und die Stadt Biberach. Dennoch seien keine langen Ausführungen erforderlich. Ein Abriss sei für die CDU-Fraktion nie ein Thema gewesen. Der Wiederaufbau komme quasi einem Neubau gleich und auch der Kostenrahmen sei so zu betrachten. Er bezeichnet es ebenfalls als richtig, jetzt noch nicht über das Thema Inklusion zu entscheiden. Es werde ein barrierefreier Bau entstehen und es sei nun Aufgabe des Trägers, auszuloten, wie der Kindergarten betrieben werden könne, was benötigt werde und was dies mehr koste. Dies müsse man gründlich durchdenken und zum richtigen Zeitpunkt entscheiden.

StRin Kübler führt aus, für die Kinder des Kindergartens St. Martin sei seit dem 7. April 2009 die Welt nicht mehr ganz in Ordnung, wolle man dies überspitzt formulieren. Eine Interimslösung bedeute immer eine Umorientierung und Unruhe, was sich auf die Erzieherinnen auswirke und Mehrbelastung bedeute, weshalb schnellstmöglich wieder Normalität einkehren sollte. Da man nichts Gegenteiliges gehört habe, stimme die SPD dem Raumprogramm und Finanzierungskonzept zu. Lediglich die Anfahrtslösung gefalle nicht und man meine, dass diese Fläche besser als Spielfläche genutzt würde, zumal durch den Anbau Außenfläche entfalle. Sie bittet, mögliche Alternativen zu überlegen und aufzuzeigen. Erfreulich seien die vorgesehene Ganztagesbetreuung und die Barrierefreiheit.

Die SPD-Fraktion bedauere die Zurückstellung der Entscheidung zur Inklusion. Im Kindergartenbereich stehe eindeutig, dass das Trägerkonzept Grundlage sei und nun werde keine Aussage getroffen. Eine Kooperation mit dem KBZO wie im Kindergarten St. Michael stelle man nicht in Frage, sondern man wolle das Inklusionsangebot mit dem Kinderhaus St. Martin und seiner Fertigstel-

lung starten und eine gesamtstädtische Ausrichtung erreichen. Sie appelliert, die AG-Kindergarten einzuschalten. OB Fettback habe immer erklärt, dass die Entscheidung Zeit benötige, weshalb man nun nicht verstehen könne, warum die Maßnahme nicht in Angriff genommen werde. Die SPD-Fraktion empfinde dies als Hinhaltenakt und sei verärgert. Um nicht Bremser des Verfahrens zu sein, werde man den Ziffern 1-3 zustimmen. Ziffer 4 lehne man ab. Sie bittet daher um getrennte Abstimmung. Ferner stellt sie den **Antrag**, das Thema Inklusion schnellstmöglich zu bearbeiten, damit mit der Wiedereröffnung des Kinderhauses St. Martin auch der erste Inklusionskindergarten in Betrieb gehen könne.

StR Zügel meint, was mit einem Schrecken begonnen habe, ende nun gut. Gegen einen Neubau sprächen auch versicherungstechnische Gründe und dass man eine Fertigstellung Ende 2011 einhalten wolle. Was Inklusion betreffe, müsse man erst Verschiedenes prüfen, dann nachdenken und dann entscheiden. Wichtig sei, dass das Angebot zentral sei und nicht an der Peripherie. Die Freien Wähler stimmten der Vorlage zu.

StR Späh bezeichnet den Wiederaufbau des Kinderhauses St. Martins namens der Grünen als sinnvoll. Es handle sich um ein historisches Gebäude. Die lange Übergangslösung habe die Eltern verärgert. Der Ausbau zu einem dreigruppigen Kindergarten sei richtig. Er fragt jedoch, wie viel Gartenfläche dadurch verloren gehe. Mit drei Gruppen habe man mehr Kinder und der Platz sollte daher nicht kleiner werden. Die Fluchttreppe wirke sehr störend und rage weit in den Garten hinein. Er fragt, ob hier eine andere Lösung denkbar wäre.

StR Funk hält es grundsätzlich bei großen Investitionen für erforderlich, zu überprüfen, ob eine Sanierung oder ein Neubau günstiger sei. Was die Kindergartenentwicklung angehe, müsse man den Gemeinderat mitnehmen. Man dürfe daher nicht nur über demografische Veränderungen reden, sondern müsse aufzeigen, wo eventuell ein Zuwachs an Kindern zu erwarten sei und wo Kinderzahlen zurückgingen. Hierzu enthalte die Vorlage wenig Aussagen. Die Ausführungen des Architekten im Hauptausschuss machten ihm Probleme, da er auf die Frage nach einem Neubau erklärt habe, dass in etwa dieselben Kosten entstünden. Dem Wunsch, dies sauber zu überprüfen und dann die Kosten von Neubau und Sanierung gegenüber zu stellen und auf dieser Basis zu entscheiden, sei die Verwaltung nicht nachgekommen. Die FDP-Fraktion werde daher die Ziffern 1-3 ablehnen. Ziffer 4 stimme man zu.

StRin Kapfer zeigt sich über die Vorlage verwundert, was die Inklusion betreffe. Es existiere eine vierseitige Vorlage zum Thema Inklusion und sie frage sich nun, welche Pläne und Ideen existierten und ob ein runder Tisch zum Thema eingerichtet werde. Sie wolle auch wissen, wie das Thema nun weiterbetrieben werde.

StR Braig meint, das Thema Inklusion werde kreisweit diskutiert. Zunächst müsse man wissen, wie Inklusion funktioniere. Dies erfordere auch Kompetenz des Personals, da man prüfen müsse, wer aufgenommen werden könne und wer nicht.

StRin Kübler meint, wenn diese Argumente zuträfen, hätte der Wiederaufbau früher beginnen können. Von der Verwaltung seien immer Inklusionsüberlegungen vorgeschoben worden, um zeitliche Verzögerungen zu begründen.

OB Fettback bringt vor, das Thema Inklusion sei schon ewig im Grundgesetz verankert, wonach niemand benachteiligt werden dürfe. Die wahnsinnige Aufregung über die UN-Konvention sei

daher verwunderlich. Die Absichten des Landkreises seien in Ordnung, aber jeder Träger sei auch selbst aufgerufen, etwas zu tun.

EBM Wersch zeigt an den Plänen und anhand von Zahlen auf, dass der Mittelwert für die erforderliche Außenfläche nach wie vor erreicht werde. Man sehe wenig Möglichkeiten für eine Vergrößerung des Außenbereichs, da man ein Angebot für den Zubringerdienst der Eltern machen müsse.

Herr Gurland lässt wissen, die Terrasse sei auch als Bereich gedacht, der beispielbar sei. Die Treppe befinde sich wie der Rest erst in der Entwurfsplanung. Man wolle mit ihr nur dokumentieren, dass eine derartige Treppe notwendig sei. Die detaillierte Ausgestaltung werde im Zuge der weiteren Planung geklärt.

EMB Wersch bewertet den bisherigen Verfahrensverlauf. Nach dem Brand sei zunächst eine Schockstarre beim Träger eingetreten. Dann habe man trägerübergreifend das Thema Inklusion bearbeitet, und sei parallel in die Planung eingestiegen. Zum Thema Inklusion bestehe noch Diskussionsbedarf und man solle nicht aufgrund eines Brandes hektisch agieren.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

Den Ziffern 1-3 wird bei 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Ziffer 4 wird bei 7 Nein-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding, Sonntag) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Wiederaufbau und der Erweiterung des Montessori-Kinderhauses St. Martin wird auf der Grundlage des vorgestellten Raumprogramms zugestimmt.**
- 2. Der städt. Finanzierungsanteil an den Wiederaufbaukosten beträgt 1.436.500 €. Hiervon sind im Haushaltsplan 2010 insgesamt 1.275.000 € enthalten. Der Restbetrag in Höhe von 161.500 € wird im Haushalt 2011 finanziert. Im Haushalt 2010 wird auf der HSt. 2.4649.987100.6-900 eine üpl. Verpflichtungsermächtigung (VE) in gleicher Höhe bewilligt. Die üpl. VE ist gedeckt durch eine Reduzierung der VE auf der HSt. 2.2113.940000.0-105 (Ausbau Gaisental-Grundschule).**
- 3. Der Sperrvermerk auf der HSt. 2.4649.987100.6-900 (Zuweisungen für Erweiterungen) wird für den Kindergarten St. Martin aufgehoben.**
- 4. Die Entscheidung über den Betrieb der Einrichtung als Inklusionskindergarten wird zurückgestellt - vgl. Ziff. 6 der Drucksache Nr. 125/2010. Träger und Verwaltung werden beauftragt, die unterschiedlichen Betriebsformen darzustellen, in der AG-Kindergarten zu beraten und eine Beschlussempfehlung herbeizuführen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 131/2010 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback trägt vor, es sei positiv bemerkenswert, dass Kreis und Stadt sich zusammen auf den Weg gemacht und die prognos AG beauftragt hätten. Damit definiere man sich als Raum und solche Räume seien künftig wichtiger denn je. Man müsse sich mit Thema Regionalplanung beschäftigen, da sonst die Gefahr bestehe, dass man den Zug der Zeit nicht erkenne. Daher sei es wichtig zu wissen, wie Experten die Situation im Landkreis empfänden.

StR Abele bringt vor, das Gutachten drücke die Befürchtungen aus, die man bei der Beauftragung gehabt habe. Es sei keine Vertiefung erfolgt, was die Stadt Biberach betreffe. Vielmehr habe man eine Aneinanderreihung von Informationen ohne Bewertungen erhalten mit dem Modul 1. In Modul 2 seien Ansätze einer Stärken- und Schwächenanalyse erkennbar. Völlig enttäuscht sei man von den Expertengesprächen, die keinen Ansatz einer Bewertung oder eines Ausblicks enthielten. Die Schwächenanalyse sei ähnlich enttäuschend. Die Stadt Biberach komme hier kaum vor, und wenn dann plitüdenhaft. Vorurteile würden bedient wie die, die Regierung sei nicht aufgeschlossen und der Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit werde unterstellt. Dagegen habe er von Mitarbeitern der Firma Boehringer erfahren, dass sie keine Region als so aufgeschlossen erlebt hätten wie Biberach. Er regt an, die Themen auf Basis der Darstellung der Zahlen auch speziell für die Stadt Biberach aufzubereiten und die Meinungsführer einzubinden. Hierzu gehöre die IHK aber auch die Politik, um einen ganzheitlichen Ansatz zu erreichen und nicht an der Oberfläche zu bleiben. Denn das Ziel sei nach wie vor gut. Enttäuscht sei man über die Inhalte und verärgert über die schemenhafte Darstellung. Man hätte für das Geld mehr erwartet.

StR Lemli meint dagegen, die SPD-Fraktion sei nicht enttäuscht und empfinde es nur als schade, dass das Gutachten nicht jedem zugänglich gemacht worden sei und dass es nicht vorgestellt werde. Es sei interessant zu lesen und wäre auch interessant gewesen, wenn die Verantwortlichen den Bericht vorgestellt und damit die Chance gehabt hätten, ihre Aussagen darzustellen, was beispielsweise die Aussage betreffe, dass man gegenüber Fremden vorsichtig eingestellt sei. Nach Meinung der SPD-Fraktion sei es keinesfalls so, dass Biberach nicht vorkomme, da viele Biberacher Firmen befragt worden seien. Es sei aber gut, dass die Stadt nicht gesondert gesehen werde, sondern dass man den Wirtschaftsraum der Kreise Biberach und Donau-Iller beleuchtet habe. Das Gutachten sei schlüssig aufgestellt. Besonders gefallen habe die Expertenbefragung. Man dürfe nun keinesfalls eine Verteidigungshaltung einnehmen, sondern müsse sich mit den Aussagen auseinander setzen und versuchen, schnellstmöglich das Beste daraus zu machen. Klar sei, das besonders was die Bildung betreffe schnell gehandelt werden müsse, denn dem Fachkräftemangel müsse jetzt schon entgegen gewirkt werden. Jede Fraktion habe nur 2 Exemplare des Gutachtens erhalten, was schlecht sei, um es zu Kenntnis zu nehmen. Er schlägt vor, es digital jedem Stadtrat zur Verfügung zu stellen. Man wolle weiterhin gut aufgestellt bleiben, weshalb man der Vorlage zustimme.

StRin Goeth gibt zu verstehen, die Freien Wähler seien nicht so begeistert. Im ersten Teil sei Bekanntes aufbereitet worden. Teil 2 sei interessanter. Die Stärken und Schwächen seien bekannt, letztere aber teilweise nur schwer greifbar, ansonsten hätte man sie längst gelöst. Man sehe, dass man momentan die richtigen Themen bewege und es mache Sinn, zusammen zu arbeiten.

StR Späh gibt zu verstehen, die Grünen seien gegenüber der Studie skeptisch eingestellt gewesen und ob sie den Mitteleinsatz wert sei. Es sei etwas schwierig, zwischen Kreis und Stadt zu unterscheiden, wobei fraglich sei, ob dies überhaupt getan werden müsse. Entscheidend seien die Erkenntnisse aus der Stärken-Schwächen-Analyse und hierbei Ziffer 2. Man hoffe, dass der Arbeitskreis seine Ziele in einem Jahr schaffe. Die Positionierung gegenüber der Region Donau-Iller sei laut Gutachten schwieriger. Er fragt, wie dies gemeint sei. Die Grünen seien einverstanden mit dem vorgeschlagenem Weg und hätten die Hoffnung, dass spätestens in einem Jahr Ergebnisse vorgelegt werden könnten.

OB Fettback erwidert, die Positionierung gegenüber dem Regionalverband Donau-Iller sei so zu verstehen, dass man eigene Positionen im Regionalverband einbringen wollen. Man sei mitten in einer Entwicklung und habe beispielsweise bereits Fachkräftemangels zu verzeichnen. Der Einwirkungsbereich reiche von München bereits bis nach Biberach, weshalb die Frage auftauche, ob man sich mehr Richtung Süden orientieren müsste. Auch wenn man schon vieles gewusst habe, sei es dennoch gut, dies nochmals von Dritten bestätigt zu erhalten. Man müsse sich als Motor begreifen und auch als Dienstleister für das Umland. Die Anregung, örtliche Akteure ins Boot zu nehmen sei gut. Er plädiert jedoch dafür, den Arbeitskreis als Lenkungsgruppe zu belassen und nur im Einzelfall andere Akteure zuzuziehen.

BM Kuhlmann unterstreicht, dass schnell gehandelt werden müsse und regionales Denken und Handeln erforderlich sei.

Herr Kaiser lässt wissen, Bewertungen, die nicht aus Zahlen ableitbar seien, basierten auf Expertengesprächen, stellten daher eine "eigene Bewertung" dar. Es gehe nicht um Fremdenfeindlichkeit, sondern darum zu zeigen, dass es sehr schwierig sei in der Region akzeptiert und integriert zu werden. Natürlich wisse man um wichtige Stärken, die bescheinigt würden, man sei daher aber vielleicht auch etwas blind und daher bestehe die Gefahr, überholt zu werden, weil man keinen Blick auf das werfe, was derzeit andere, schwächere Regionen unternehmen.

StR Keil meint, man müsse die Bildung zukunftsfähig machen. Unterschiedliche Schulsysteme in den verschiedenen Bundesländern seien für Zuzüge schon problematisch.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Weber, Zügel) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der von der prognos AG erstellte Bericht „Biberach 2030 - Zukunftsstrategie für die Wirtschaftsentwicklung“ wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Zur Weiterbearbeitung schlägt die Verwaltung vor, einen Arbeitskreis aus Vertretern der Landkreisverwaltung, der Stadtverwaltung, der IHK Ulm, der Handwerkskammer Ulm und des Regionalverbandes Donau/Iller einzurichten. Im Einzelfall werden bei Bedarf örtliche Vertreter in den Arbeitskreis zugezogen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 112/2010 zur Beschlussfassung vor. Zur Sitzung wurden noch ergänzend Pläne aufgelegt, die zusammen mit der Vorlage als Anlage zu dieser Niederschrift beigefügt sind.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein und macht auf eine Ergänzung im Bereich Weißes Bild aufmerksam. Hier sei eine Nachkorrektur zur Anpassung an den Bestand erforderlich. Im Bereich Talfeld sei eine Option vorgesehen. Auf Frage von StR Späh gibt er zu verstehen, der Kindergartenstandort im Talfeld sei für den Flächennutzungsplan nicht relevant und hier keine Veränderung erforderlich.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die 2. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 soll gemäß § 2 Abs. 1 BauGB durchgeführt werden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 127/2010 zur Information vor. Zur Sitzung ging ein Antrag der SPD-Fraktion ein, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Kuhlmann erläutert die beiden Aspekte, die dafür sprächen, die Standortuntersuchung auf Eis zu legen. Einmal habe der Bund seine Förderung eingestellt, weshalb auch nicht mehr mit Investoren zu rechnen sei. Ferner existiere ein Leitfaden des Landes, wonach großflächige Anlagen in der freien Landschaft nicht mehr genehmigt werden sollten. Daher sei es unmöglich, das gedachte Verfahren weiter zu betreiben. Die Zielvorgabe des Landes sei, den Fokus auf die Errichtung derartiger Anlagen in Altlastenflächen und in Kiesgruben zu richten. Das Land wolle diese Anlagen überdies deutlich reduzieren. Der städtische Ansatz sei ein anderer gewesen. Man habe großflächige Photovoltaikanlagen dort ermöglichen wollen, wo sie in der Landschaft nicht störend wären. Dies werde aber vom Land nicht akzeptiert. Daher wolle man die Standortuntersuchungen einfrieren. Sollten sich die Rahmenbedingungen ändern, könne man die Untersuchung fortführen.

StRin Kapfer fragt, ob zugesagt werden könne, dass man für den Fall einer Rechtsänderung rechtzeitig reagieren könne.

BM Kuhlmann verdeutlicht, dass es sich bei den Vorgaben des Landes nicht um ein Gesetz handle. Man habe alle wichtigen Planungsgrundlagen fertig und mit den umliegenden Gemeinden abgestimmte Vorschläge, weshalb gegebenenfalls schnell reagiert werden könne.

StR Abele führt aus, viele Dächer seien mittlerweile mit Photovoltaikanlagen bestückt. Die Aussagen der Verwaltung seien nachvollziehbar, weshalb man sich gegen den SPD-Antrag ausspreche, der zusätzlich Mittel und Ressourcen binden würde, was derzeit nicht notwendig sei.

StRin Goeth meint, die kurzfristige Änderung der Förderung sei nicht absehbar gewesen. Die Meinungen änderten sich schnell, weshalb man gegen den SPD-Antrag sei.

StR Späh schließt sich dieser Bewertung an. Er fragt, was im Falle einer Rechtsänderung noch erledigt werden müsste.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Standorte seien definiert und im Detail beschrieben. Sollten sich die Rahmenbedingungen ändern, würde die Trägerbeteiligung, in deren Zuge der Leitfaden diskutiert worden sei, fortgesetzt.

StR Weber hält den Verwaltungsvorschlag für akzeptabel und rät der SPD-Fraktion ihren Antrag zurückzuziehen. Es bestehe ein großer Unterschied zwischen Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen.

StRin Kapfer gibt zu verstehen, man habe nur Sorge gehabt, etwas zu verpassen. Aufgrund der Aussagen von BM Kuhlmann **ziehe man den Antrag zurück.**

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

**TOP 7 Bebauungsplan "Talfeld I/II" - Änderung eines Teilbereiches im vereinfachten Verfahren
- Satzungsbeschluss -**

106/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 106/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 24.06.10.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird der Bebauungsplan "Talfeld I/II" i. d. F. des Deckblattes vom 10.03.2010 Index A nach § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 116/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 01.07.2010.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Abschluss des Erschließungsvertrages zwischen der Stadt und der Eigentümergemeinschaft des Flst. 1886 der Gemarkung Biberach für das Gebiet "Guttenbrunnweg/Krummer Weg" wird zugestimmt.

Satz 2 von § 10 des Entwurfs des Erschließungsvertrages, der Anlage von Drucksache Nr. 116/2010 ist, wird gestrichen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 132/2010 zur Beschlussfassung vor. Gleichzeitig aufgerufen wird die Drucksache Nr. 130/2010. Die Beschlussfassung zu diesem Thema ist im nachfolgenden Punkt protokolliert.

EBM Wersch erläutert den Vorschlag, statt drei vier Wohnungen zu erstellen. Die Mehrkosten würden über die Miete refinanziert.

StR Dullenkopf signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion. Der Vorschlag rechne sich und lasse eine bessere Vermietbarkeit vermuten. Folge sei die Änderung des Wirtschaftsplans. Die Entwicklung sei im Sinne der gewollten Innenverdichtung. Man wünsche sich mehr derartige Maßnahmen, da in Biberach zahlreiche Leerstände bestünden. Er fragt noch, wie die Stellplätze ausgewiesen würden.

StRin Goeth hebt auf die Zunahme älterer Bewohner ab, weshalb der Bedarf an seniorengerechten Wohnungen zunehme. Daher sollte man bei Neu- und Umbauten immer überlegen, ob eine seniorengerechte Ausstattung möglich sei. Dies diene der Werterhaltung der Immobilien. Es gehe dabei vor allem um eine Vergrößerung des Sanitärbereichs und den Verzicht auf Schwellen. Wenn man gleich entsprechend plane, entstünden kaum Mehrkosten.

StR Späh signalisiert die Zustimmung der Grünen.

StR Funk möchte nicht über mehr derartige Fälle entscheiden müssen. Die Abschreibung auf 40 Jahre sei mutig und mache die Investitionsrechnung einigermaßen erträglich. Er gibt jedoch zu bedenken, dass man die Wohnungen zum Nullwert an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft übergeben habe. Dank der minimalen Abschreibung erreiche man eine Eigenkapitalverzinsung von 3,28 Prozent. Künftig dürfe so nicht mehr vorgegangen werden. Die FDP-Fraktion habe dennoch zugestimmt, da ein Leerstand vom Ertrag gleich gut wäre.

EBM Wersch nimmt die Anregung für eine seniorengerechte Planung als Anregung auf. Dies werde jedoch nicht in allen Bereichen möglich sein.

Herr Jäger lässt wissen, direkt am Haus würden keine Stellplätze nachgewiesen. Hier bestehe nur eine Be- und Entlademöglichkeit. Es müssten Stellplätze in der Tiefgarage angemietet werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Änderungsantrag zum Ausbau von bisher 2 Vier- und 1 Dreizimmerwohnung in 1 Vier-, 1 Drei- und 2 Zweizimmerwohnungen im 3. OG/DG Hindenburgstraße 34 wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 130/2010 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde beim vorhergehend protokollierten Punkt diskutiert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der als Anlage 1 (Drucksache Nr. 130/2010) beigefügten 2. Änderung des Feststellungsbeschlusses zum Wirtschaftsplan 2010 – 2. Nachtragsplan 2010 - wird zugestimmt.

**TOP 12 Sportflächen am Erlenweg
Vergabe der Sportplatz- und Landschaftsbauarbeiten für das 1. Teil-
projekt - Neubau Kunstrasenplatz**

133/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 133/2010 zur Beschlussfassung vor. Zur Sitzung wurde von der Freien Wähler-Fraktion ein Antrag eingereicht, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback spricht diesen Antrag an und gibt zu verstehen, die Verwaltung sei nicht dagegen, es müsse aber in den Bauzeitenplan passen und vom Personal leistbar sein.

BM Kuhlmann zeigt am Plan, der bereits im März 2010 vorgestellt wurde, wo der neue Kunstrasenplatz gebaut werden soll und wo man den Skaterplatz vorsehe. Der Antrag der Freien Wähler sei problematisch, da die Planung überarbeitet werden müsse, um festzulegen, wo welche Nutzung platziert werden solle. Erst dann könne man das Projekt ausschreiben, da dann die Rahmenbedingungen definiert seien. Das Amt für Bildung, Betreuung und Sport sei im Gespräch mit dem BSZ und den Vereinen und diese hätten die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise akzeptiert, wonach die Anlage einen Sommer lang nicht genutzt werden könne.

StR Dullenkopf findet es unpassend, dass bereits klar sei, wo der Skaterplatz vorgesehen sei nicht jedoch, wo andere Nutzungen angesiedelt werden sollten. Man wisse auch nicht, ob der Platz für einen Skaterplatz ausreichend sei. Man benötige auch noch Platz für ein Zelt für verschiedene Vereinsveranstaltungen. Die CDU-Fraktion stimme der Vergabe des Kunstrasenplatzes zu. Er meine aber, seit der Planung im März bis Mitte Juli hätte die Leichtathletikanlage geplant werden können. Eventuell könne man mit den Vorarbeiten beginnen, damit die Anlage zügig fertig gestellt werden könne. Andere Nutzungen wie die Skateranlage könne man zurückstellen. Man müsse klar darlegen, was genau gemacht werde.

BM Kuhlmann bittet um Verständnis, dass nicht alle Pläne auf dem aktuellen Stand seien. Es stecke ein unglaublicher Druck im Thema und es seien sehr viele Abstimmungsgespräche geführt worden und noch zu führen. Dass der Kunstrasenplatz so schnell voran komme sei ein Verdienst von Herrn Rechmann. Er bittet auch um Verständnis dafür, dass nicht alles gleichzeitig erledigt werden könne.

StR Lemli gibt zu verstehen, man sei sich bewusst, dass ein Riesenprojekt bewegt werde. Man müsse vorsichtig sein und dürfe nicht hektisch werden. Er warnt vor Schnellschüssen. Er sei dankbar, dass der Kunstrasenplatz schnell angegangen werde. Die übrigen Maßnahmen müssten gut überlegt werden. Die Ausführungen in der Vorberatung seien nicht als Kritik gemeint gewesen, sondern als Botschaft zu verstehen, dass man ein optimales Ergebnis wünsche. Jedes Projekt sei wichtig. Die Firma Beller sei ihm unbekannt, weshalb er um Information bittet, ob sie Erfahrungen im Kunstrasenbau habe.

StR Heinkele meint, die Lösung mit dem Landkreis sei gut und toll, dass es funktioniere. Im Detail stelle sich aber vieles komplizierter dar. Es sei nicht beabsichtigt, der Verwaltung zu langsames Agieren zu unterstellen. Die Vergabe des Kunstrasensplatzes werde vermutlich einstimmig erfolgen. Wenn die Leichtathletikanlage erst für 2011 geplant sei, dann sei die Vergabe vermutlich erst zur Jahresmitte vorgesehen und die gesamte Anlage stehe 2011 nicht zur Verfügung. Mit dem Antrag verfolge man das Ziel, den Platz noch im Herbst zu ertüchtigen, sofern die Planung dies

zulasse. Man habe mindestens 1500 Schüler im BSZ, die den Platz nutzten, unter ihnen sehr viele Sportabiturienten. Daher sollte man frühestmöglich in den Prozess einsteigen.

OB Fettback meint, der Antrag der Freien Wähler habe seines Erachtens nichts mit der anstehenden Entscheidung zu tun. Die Botschaft sei klar. Die Mittelbereitstellung spiele letztlich aber keine Rolle. Er kündigt eine schriftliche Stellungnahme zum Antrag an.

EBM Wersch gibt zu verstehen, Systeme könnten nicht außer Kraft gesetzt werden. Zu beachten sei, dass man für das Gesamtareal eine gute Planung benötige, wobei die Anlagen des Kreises eine wesentliche Rolle spielten. Ein früherer Beginn mache möglicherweise keinen Sinn, da man zwangsweise in den Winter komme und dann die Baustelle ruhen würde. Er sehe keine Möglichkeit, die Baustelle vor dem Frühsommer fertigstellen zu können.

StR Zügel gibt zu verstehen, der Antrag sei im Sinne einer Ermächtigung an die Verwaltung zu verstehen, dass eine frühere Inangriffnahme der Maßnahme nicht an der Mittelbewilligung scheitere. Sollte die Maßnahme früher in Angriff genommen werden können, solle man dies auch tun.

OB Fettback sagt letzteres zu.

StR Späh meint, die Planung müsse gut konzipiert sein, was Sorgfalt bedinge. Man dürfe nicht um jeden Preis eine frühere Fertigstellung anstreben. Der Kunstrasenplatz müsse vor dem Winter beispielbar sein. Er fragt, ob eine Rundumumzäunung vorgesehen sei. Es sollte seines Erachtens nicht so sein, dass der Platz nur mit Genehmigung genutzt werden könne.

StR Braig meint, die Vergabe des Kunstrasenplatzes habe erste Priorität, da sonst der Spieltbetrieb nicht gewährleistet sei.

StR Abele bittet nach darzulegen, warum beim Angebot der Firma GM der gleiche Betrag aufgeführt sei, obwohl es sich einmal um eine Summe mit und einmal ohne Nachlass handeln solle. Ferner bittet er mitzuteilen, warum Nebenangebote grundsätzlich unzulässig seien. Diese trügen oft zur Kosteneinsparung bei. Weiter bittet er darzulegen, wie man sich um über 300 000 Euro in der Kostenschätzung verschätzt habe.

Herr Rechmann lässt wissen, die Firma Beller sei bekannt und schon mehrfach beauftragt worden. Zu Nachträgen könne er nur eine nichtöffentliche Aussage treffen. Der Baubeginn sei für den 02.08.2010 vorgesehen, da nach Schützen der Platz noch benötigt werde. Der Abriss des alten Kunstrasenplatzes sei für März vorgesehen. Im Los Zaunbau sei sehr viel enthalten, was Fangzäune betreffe. Es sei eine komplette Einzäunung des Rasens geplant.

OB Fettback fügt an, es werde aber eine öffentliche Zugangsmöglichkeit sichergestellt.

Herr Rechmann fährt fort, Nebenangebote habe man ausgeschlossen, da man sich für ein bestimmtes Rasenprodukt entschieden habe. Die Kostenschätzung sei nur eine Hausnummer als Platzhalter für einen anderen Platz gewesen, bei dem es sich um einen Umbau gehandelt hätte. Die Gesamtkosten beinhalteten den Bau des Kunstrasenplatzes und den Abbau der Leichtathletikanlage. Die erste Zahl in der Vorlage zum Angebot GM sei falsch.

StR Abele gibt zu verstehen, dass eine schriftliche Information zu seiner nichtöffentlich beantwortbaren Frage ausreichend sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Sportplatz- und Landschaftsbauarbeiten werden an die günstigste Bieterin, die Firma Bel-ler GmbH & Co. KG, Herbertingen auf der Grundlage ihres Angebotes vom 29. Juni 2010 in Höhe von 825.604,00 EUR vergeben.**
- 2. Die Mehrkosten von 350.000,00 EUR werden genehmigt.**
- 3. Der vorgesehenen Rücklagenentnahme zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2010 für die Mehrkosten (350.000,00 EUR) und die vorgezogene VE (400.000,00 EUR) wird zugestimmt.**
- 4. Zur Restfinanzierung der Maßnahmen werden im Haushalt 2011 Mittel in Höhe von 150.000.00 EUR bereitgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 107/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 01.07.2010.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die 7. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung (Änderung des Gebührenverzeichnisses) wird beschlossen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 129/2010 zur Information vor.

StR Dullenkopf erklärt sich namens der CDU-Fraktion mit dem weiter vorgesehenen Vorgehen einverstanden.

StRin Kübler dankt für die Information. Der Antrag datierte schon aus dem Jahr 2008 bzw. sei 2006 zum Haushaltsplan gestellt worden. Daher könne man mit der Information nicht unbedingt zufrieden sei, müsse jedoch Geduld lernen. Erstmals komme etwas Bewegung in das Thema und es sei wichtig, dass das Konzept dann vorliege, wenn die neue Mensa in Betrieb gehe.

StRin Goeth erscheint das Vorgehen nicht logisch. Beide Themen hingen eng zusammen, da man über 50 Prozent Auswärtigenanteil an den weiterführenden Schulen verzeichne. Daher sollte nach Meinung der Freien Wähler die Reihenfolge anders herum sein. Sie fragt, wie die Frage der Zuschussgewährung an auswärtige Schüler gedacht sei.

StR Späh sieht es ähnlich. Bisläng habe man unterschiedliche Zuschussungen und es stelle sich die Frage, wie eine einheitliche Lösung gelinge.

StR Funk bemängelt, dass zu Bildungs- und Betreuungsgutscheinen keine Aussage getroffen werde. Dies sei nicht mehr akzeptabel. Wenn Aussagen zum Stadtpass getroffen würden, müssten zwingend auch die Mehrwertsteuersätze eine Rolle spielen. Es sei zu berücksichtigen, ob Vorsteuerabzugsfähigkeit bestehe.

EBM Wersch antwortet, der Umgang mit Auswärtigen sei beim Stadtpass und anderen Lösungen zu thematisieren. Bildungs- und Betreuungsgutscheine seien Teil des Stadtpasses. Insgesamt sei das Thema sehr aufwendig.

StR Zügel hat Verständnis, sieht aber den Stadtpass als übergeordnetes Thema, weshalb es nicht logisch erscheine, Teilausgaben vorher zu diskutieren. Sonst diskutiere man zweimal. Erst benötige man eine einheitliche Lösung und dann könne man über Essensgutscheine entscheiden.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 111/2010-1 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Bauausschuss am 24.06.10 vorbereitet.

Zur Sitzung ging ein Antrag der Freien Wähler-Fraktion ein, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback kündigt an, den Antrag der Freien Wähler und die Anregungen StR Dullenkopfs im weiteren Verfahren aufzugreifen.

BM Kuhlmann referiert kurz das Thema, mit dem in zentralen Innenstadtbereichen sichere Abstellplätze geschaffen werden sollten. Dabei habe man in Überlegung, teilweise Überdachungen anzubieten. Es sei eine Fülle von Standorten beschrieben und es werde der Versuch unternommen, bestehende Anlagen neu zu sortieren und neue vorzuschlagen. Dabei sehe man zwei Typen vor: einmal kleine bestehende Anlagen, die ertüchtigt werden müssten und zum anderen neue Anlagen, für die gegebenenfalls auch einzelne Stellplätze aufgegeben werden müssten. Bei der Vorberatung im Bauausschuss seien zwei Fragen aufgeworfen worden. Einmal zum Holzmarkt, bei dem zwei Stellplätze, die schwer anfahrbar seien, zu Gunsten von Fahrradabstellplätzen entfallen sollten. Es sei nach Ersatz gefragt worden und der Viehmarktplatz von StR Abele vorgeschlagen worden. Man gehe dem nach und werde bald einen Vorschlag unterbreiten. Dann sei die Stelle vor dem Haus Funk thematisiert worden, wo bislang Motorrollerstellplätze seien. Die Planung sehe eine Verlängerung dieser Fläche Richtung Süden vor und wolle stattdessen am bestehenden Ort Fahrradabstellplätze schaffen. Die von den Freien Wählern angesprochenen und befürchteten Kollisionen seien nicht zu befürchten, da daneben ein Behindertenstellplatz ausgewiesen sei und die Rollerabstellplätze verlagert würden.

StR Abele bezeichnet die Vorlage als gut und meint, das Thema werde von der Verwaltung gut angegangen. Die CDU-Fraktion werde zustimmen. Im weiteren Prozess erfolgten sicher noch Veränderungen. Die CDU-Fraktion wolle im Bereich Hindenburgstraße Motorrad- und Rollerstellplätze. Dies solle auch vor der Stadtbücherei geprüft werden. Die soziale Kontrolle auf dem Viehmarktplatz sei thematisiert, von der Verwaltung aber als unproblematisch dargestellt worden. Im Bereich der VHS sei vor der Telekom ein Stellplatz. Er fragt, ob er städtisch sei. Wenn ja könne man dort eventuell weitere Bügel für Räder vorsehen. Bei Kreuzungs- und Überquerungssituationen solle man prüfen, ob versetzte Bügel vorgesehen werden könnten.

StR Keil sieht in den Fahrradbügeln einen technischen Fortschritt. Man erziele dadurch auch eine weitere Aufwertung von Plätzen wie dem Holzmarkt. Radabstellplätze gehörten zu Sanierungen mittlerweile dazu. Der Viehmarktplatz sei sehr einsehbar von der Bücherei aus, weshalb auch er keine Sicherheitsprobleme sehe. Für Radabstellplätze sehe man auch die Mitverantwortung von Einzelhandel, Gastronomie und Kirche, weshalb mit diesen Institutionen gesprochen werden sollte, ob sie auch zur Anbringung derartiger Bügel bereit seien. Er erkundigt sich nach den Kosten der Fahrradbügel und nach dem Aussehen der vorgesehenen Dächer, zu denen er grundsätzlich eine positive Einstellung habe. Motorradabstellplätze sollten so angebracht werden, dass Fußgänger und Fahrradfahrer nicht in der Nähe seien, da sich Kinder gerne die Beine an den Auspuffrohren verbrennen würden. Der Anregung von StR Abele stimme man zu, auch die Kolpingstraße und die Felsengartenstraße nach Fahrradabstellmöglichkeiten zu untersuchen.

StR Rieger meint, Fahrradfahrer sollten Abstellplätze haben, Bedarf bestehe aber auch für Roller. Der aktuelle Platz sei aufgrund der benachbarten Behindertenstellplätze problematisch.

StRin Sonntag sieht in der Vorlage einen sehr schönen Schritt zu einer fahrradfreundlichen Kommune. Der demografische Wandel führe auch dazu, dass man vermehrt fitte Rentner habe, von denen viele hochwertige, teure Fahrräder hätten. Sichere und überdachte Stellplätze erleichterten vielen, mit dem Rad in die Stadt zu gelangen. Eine Überdachung solle man auch an der Stadthalle überdenken. Dort würden die Räder auch einmal längere Zeit und auch im Winter abgestellt. Bezüglich der Gestaltung der Dächer macht sie auf ein Beispiel in Vorarlberg aufmerksam, wo sie eine sehr schicke, sehr schlichte Lösung mit halbrunden Glasdächern gesehen habe. Sie fragt, ob auch die Zwingergasse für Fahrradfahrer geöffnet werden könne.

StR Dullenkopf bringt vor, bereits 1989 habe die CDU-Fraktion im Kommunalwahlkampf mit dem Rad entsprechende Stellen abgefahren. Im Hof der Volkshochschule könnten seines Erachtens 20 Abstellmöglichkeiten geschaffen werden, beispielsweise rund um den Trog. Ein kleiner, zentraler Fahrradabstellplatz für 50 bis 60 Räder sollte seines Erachtens in Marktplatznähe sein. Da dies aber nicht möglich sei, sei die nächst gelegene Stelle auf Höhe der Stadthalle vor dem alten Forsthaus. Vor der letzten Hauptausschusssitzung habe er hier 74 abgestellte Fahrräder gezählt. Würde man etwas in den Hang gehen, könnte diese Fläche ohne großen Aufwand verbreitert werden. Er bittet dies zu prüfen.

BM Kuhlmann **sagt dies zu** auch unter Mitteilung, welcher Aufwand hierfür erforderlich wäre. Momentan richte man den Fokus auf die Flächen in der Altstadt. Die Suche sei relativ schwer gewesen, da man durch Fußgänger, Verkehr und Stellplätze relativ stark eingeschränkt sei. Geprüft werde auch, ob die Zwingergasse für Radfahrer in Gegenverkehr geöffnet werden könne. Diese Frage müsse das Ordnungsamt beantworten. Was die Bügel kosteten, müsse er erst eruieren.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1 a) Dem Konzept für Fahrradabstellanlagen in der Altstadt wird zugestimmt. Die Maßnahmen A, B, C, E werden im Zuge der Sanierungsmaßnahmen sukzessive umgesetzt.**
- 1 b) Die Verwaltung wird beauftragt, für die dargestellten neuen Standorte D, F, G konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Über die Realisierung wird im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2011 ff. entschieden.**

Punkt 2c (Beschlussantrag in Vorlage 111/2010 - Fortschreibung des Radwegekonzeptes) - wird vertagt und zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

TOP 16.1 Verschiedenes – Ampelschaltung in der Tiefgarage Museum

SRin Sonntag spricht die Ampelschaltung in der Tiefgarage Museum an. Nach Auskunft von Bürgern werde für das Oberdeck grün angezeigt, obwohl es voll belegt sei. Sie fragt, ob dies öfter vorkomme.

OB Fettback antwortet, von der Anlage werde nicht registriert, wer wo parke, weshalb oben grün keine Garantie dafür sei, dass tatsächlich noch Plätze frei seien.

TOP 16.2 Verschiedenes – Beschilderung an der Mittelbiberacher Steige

StRin Sonntag spricht die Beschilderung der Mittelbiberacher Steige stadteinwärts an. Für Fahrradfahrer sei dort das Schild aufgestellt, dass Radler kreuzten. PKWs hätten kein entsprechendes Warnschild. Sie meint, ein entsprechendes Schild könnte die Situation entspannen.

OB Fettback notiert sich den Hinweis.

TOP 16.3 Verschiedenes – Samstagstrauungen

StRin Kapfer bringt vor, sie habe gedacht, Samstagstrauungen seien immer möglich. Sie habe aber von zwei Paaren gehört, die abgewiesen worden seien. Eines der Paare sei auf einen Freitag ausgewichen, das andere nach Ummendorf.

OB Fettback antwortet, Samstagstrauungen erfolgen nur in einem bestimmten Zeitraum. Er bittet mitzuteilen, um welchen Termin es sich gehandelt habe.

TOP 16.4 Verschiedenes – Bestuhlung vor der Bäckerei Staib

StR Braig bringt vor, die Bäckerei Staib habe 11 Tische auf dem Holzmarkt aufgestellt, was dazu führe, dass Fußgänger Slalom laufen müssten.

TOP 16.5 Verschiedenes – Taubenplage

StR Braig spricht die Taubenplage an und fragt, was das Ordnungsamt dagegen unternehme. Er habe ein Beispiel aus Mittelbiberach genannt. Frau Förg könne verschiedene Fenster gar nicht mehr öffnen, weil Tauben ins Haus flögen.

OB Fettback bittet aufzupassen, keine Anti-Werbung für die Stadt zu betreiben. Er wisse nicht, ob dieses Thema öffentlich diskutiert werden solle, da es gesetzlich schwierig sei, was der Gemeinderat wisse.

StR Braig bittet um nichtöffentliche Auskunft.

TOP 16.6 Verschiedenes – Berichterstattung zum Kindergarten St. Michael

StR Funk kritisiert die Berichterstattung in der Schwäbischen Zeitung zum Kindergarten St. Michael. Es sei ausgeführt worden, dass endlich der Schimmel beseitigt werde. Dies habe ihm nicht gefallen. Auch sei ausgeführt worden, dass es sich um ein 65 Jahre altes Gebäude handle. Dies sei nicht richtig, denn vor 65 Jahren sei dieses Gelände noch Wiese gewesen. Richtig seien die Ausführungen im Text gewesen, wonach der Kindergarten 1965 gebaut worden sei. Der Schimmel in diesem Kindergarten sei erst im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm im Gemeinderat thematisiert worden. Laut Zeitung kämpfe man aber seit 10 Jahren mit Schimmel und die Eltern hätten immer wieder darüber gestrichen. Er bittet den tatsächlichen Sachstand mitzuteilen. Er habe im Hauptausschuss auch darum gebeten, die Maßnahmen, die durchgeführt würden, mitzuteilen, da StR Späh erklärt habe, die Maßnahme rechne sich. Um dies beurteilen zu können benötige man Aussagen zum Gebäudezustand, zur Dachfläche in Quadratmeter und wie die Aufteilung im Bauabschnitt 1 und 2 vorgesehen sei.

OB Fettback sagt eine schriftliche Antwort zu, verweist aber auch auf das Instrument der Schnellanfrage.

TOP 16.7 Verschiedenes – Prognosgutachten

StR Abele spricht das Prognosgutachten an und meint, aus dem Beitrag des Oberbürgermeisters könne man schlussfolgern, die CDU-Fraktion wolle Kirchturmpolitik betreiben. Man müsse aber beachten, dass Biberach einen Großteil der Kosten bezahlt habe, da man auch noch über die Kreisumlage beteiligt sei. Daher könne man erwarten, dass problemorientierter die Stadt Biberach zur Geltung komme. Herr Kaiser sei offensichtlich aus Bremen angereist. Er fragt, welche Kosten hierdurch entstünden.

BM Kuhlmann lässt wissen, diese Kosten seien in den Gesamtkosten beinhaltet.

OB Fettback fügt an, das Gutachten sei auch Thema in der Bürgermeisterdienstversammlung. Er stellt klar, dass er mit seinen Ausführungen zur Kirchturmpolitik nicht StR Abele gemeint habe, sondern dass dieses Thema insgesamt angegangen werden müsse.

Damit ist die öffentliche Sitzung beendet und die Sitzung wird zur Vesperpause von 19:30 bis 19:45 Uhr unterbrochen. Danach schließt sich eine nicht öffentliche Sitzung an.

Gemeinderat, 12.07.2010, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Fettback

Stadtrat:

Wiest

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann